



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/237 - 11.10.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-32
Fernschreiber 039 890

Personenkult um Adenauer	S. 1
Churchill und die britischen Konservativen	S. 3
"Erste Legion" - nicht mehr gefragt	S. 5
Dr. Lenz - der Mann im Hintergrund	S. 6

Kanzler von Gottes Gnaden

-tt- Wie zu jeder Zeit wird auch das politische Leben unserer Gegenwart maßgebend auch durch Persönlichkeiten bestimmt, und es steht außer Frage, daß, aus unserer zeitlich gebundenen Sicht heraus, auch Konrad Adenauer eine solche Persönlichkeit ist. Mehr ist über ihn heute und morgen noch nicht auszusagen, denn, wie jede Persönlichkeit ihrer Zeit, ist er umstritten, und seine Politik ist der Bewunderung und der Ablehnung ausgesetzt. Seine Zeitgenossen sind aber an diese beiden Möglichkeiten gebunden, jeder Vergleich mit einer geschichtlichen Persönlichkeit ist voreilig und abwegig, denn sie, die nur einen begrenzten Ausschnitt des vorbeiflutenden Lebens sehen, haben weder die Möglichkeit noch das Recht, ihn und sein Werk an irgendeiner geschichtlichen Vergleichspersönlichkeit zu messen. So bleibt auch uns, den Zeitgenossen Adenauers, nur die Chance, mit ihm zu gehen oder ihn abzulehnen sowie Hoffnungen zu hegen oder Befürchtungen zu haben.

Die sozialdemokratische Position gegenüber Adenauer ist klar und fest umrissen: wir lehnen ihn und seine Politik ab, und wir sind voller Befürchtungen. Daraus entspringt die sozialdemokratische Opposition. Das, was geschehen ist, und das, was übersehbar vor uns liegt, stärkt uns in unserer Meinung und in unserer Befürchtung. Wesentlicher Teil unserer Befürchtung ist die Tatsache eines Überhandnehmenden Personenkults, der die Ebene

des partei- und wahltaktisch Erlaubten längst verlassen hat und nun an einem Punkt angelangt ist, an dem weiteres duldendes Schweigen zur Mitschuld würde.

Dieser Punkt ist der letzte Wochenend-Kommentar der "Welt", in dem aus dem Zeitgenossen Konrad Adenauer unter völliger Außerachtlassung alles Zumutbaren und alles Erlaubten ein "christlicher Staatsmann" gemacht wird, der "glaubhaft den Auftrag von oben offenbar werden läßt, von wo er gerufen und von wo er verpflichtet wurde". Als geschichtliche Vergleichspersönlichkeiten für den in diesem Sinne "christlichen Staatsmann" Adenauer werden Wilhelm I., Bismarck, Brüning und Hindenburg zitiert. Wir wollen an dieser Stelle weder die Vergleichspersönlichkeiten noch auch an ihnen Herrn Adenauer werten, Aber es erscheint uns dringend notwendig, mit allem Nachdruck zur Abkehr von diesem Wege zu einem neuen Gottesgnadentum zu mahnen.

Das deutsche Volk und mit ihm die Welt haben zweimal in einem Menschenalter erleben müssen, wohin es führen kann, wenn Menschen - die nichts anderes sind und sein können als Menschen wie wir alle - für sich in Anspruch nehmen oder dazu gestempelt werden, daß sie Gerufene oder Verpflichtete "von oben" oder der "Vorsehung" sind. Das deutsche Volk, dem gar nichts daran liegt, "durch einen geheimnisvollen Vorgang mit der Person seines Kanzlers verschmolzen" zu werden (auch das behauptete die "Welt!"), will Männer an der Spitze seiner Regierung sehen, und keine mystischen Halbgötter mit "Aufträgen von oben". Und die Kontrolle über diesen menschlichen Kanzler liegt allein und ausschließlich in den Händen des deutschen Volkes und seines Parlaments. Das beruhigt uns mehr, als wenn wir uns darauf verlassen müßten, daß dieser Kanzler "von oben in Maß und Zucht gehalten" würde.

Solche Feststellungen entsprechen nur dem oppositionellen Auftrag, sachlich zu sagen, was gesagt werden muß. Man weiß nicht, ob "Die Welt" ihren Gottesgnaden-Artikel im Einverständnis mit dem Kanzler geschrieben hat. Daß er überhaupt geschrieben werden konnte, sollte ein Alarmsignal für das deutsche Volk sein.

+ + +

Churchills Selbständigkeit

Nachklang zum Margate der Tories

F.S.-London

Margate, die Konferenzstadt dieses Jahres, hat in den letzten Wochen schnelle und gründliche Verwandlungen durchgemacht, ehe sie sich nun langsam zum Winterschlaf rüstet. Vor einer guten Woche noch fand in dieser kleinen Stadt der Parteitag Labours in der gleichen Konferenzhalle statt, die bis zum vergangenen Sonnabend von der konservativen Partei für den gleichen Zweck benutzt wurde. Fleißige Hände hatten am Beginn dieser Konferenz in wenigen Tagen alle Anzeichen entfernt, die an die Oppositionspartei erinnerten, aber auch die Wimpel und Plakate der Konservativen verschwanden genau so schnell.

Viele alte Damen und Herren, die mit der Konferenz nichts zu tun hatten, obgleich sie schon durch ihre äußere Erscheinung ihre Zugehörigkeit zu den Tories dokumentierten, lustwandelten auf der Strandpromenade und hielten sich in der Nähe der Konferenzhalle auf, um wenigstens aus der Entfernung die Überzeugung zu gewinnen, daß die Patienten Churchill, Eden, Lord Woolton, wieder "all right" sind. Rechnete man diese Spaziergänger zu den Konferenzteilnehmern, so schien die Mitteilung der Parteileitung, daß sie 4000 Delegierte erwartete, kaum übertrieben zu sein. Daß sich unter ihnen 600 Gewerkschafter befanden, mußte man glauben, ohne es nachprüfen zu können, zumal es diesen anscheinend unangenehm war, die Abzeichen der Gewerkschaften zu tragen.

Die Delegierten hatten über 212 Anträge zu beraten. Sie begannen fast alle mit einem Dank an die Regierung, die während der letzten Zeit, nach der Erkrankung Churchills, viel an Popularität auch in den eigenen Reihen verlor. Die Resolutionen waren so vorsichtig redigiert, daß es Mühe bereitete, aus ihrem Inhalt die Stimmung der Mitgliedschaft zu erkennen. Sie hatten weder Präzision noch Substanz. Ganze sieben Anträge nahmen zur Außenpolitik Stellung, ohne auch nur mit einem Wort die Vierer-Konferenz oder die afrikanische Situation oder die anglo-amerikanischen Gespräche zu berühren.

Das heißt jedoch nicht, daß es auf dem Parteitag keine Opposition gab. Die vorsichtige Zurückhaltung der Regierung bei den Verhandlungen mit Ägypten, behandelt durch den Kolonialminister, wurde mit Zwischen-

rufen unterbrochen und als eine "Schande" bezeichnet. Und dort, wo sich die Regierungspolitik nicht mit den wirtschaftlichen Interessen der Delegierten vertrug, gab es Auseinandersetzungen, die von der Parteileitung nur mit Mühe eingedämmt werden konnten. Sie verzichtete, im Gegensatz zur Exekutive der Labour Party, eigene Richtlinien oder Anträge zur Abstimmung zu bringen. Es war ein Parteitag ohne Programm und in gewissem Sinne auch ohne "Atmosphäre". Die Delegierten kamen von weither, stellten Anträge, verhandelten eine halbe Woche und wußten im Grunde genau, daß ihre Worte in die Luft gesprochen waren. Auch die Antworten der Parteileitung, die Reden der Minister, hatten nur beschränkte Bedeutung. Denn die Politik der Partei bestimmt ihr Führer Sir Winston Churchill. Er verkündete sie am Sonnabend, nachdem der Parteitag abgeschlossen war, an dem er nicht teilnahm ...

So wäre der konservative Parteitag wirklich nicht besonders bedeutungsvoll, wenn sich nicht herausgestellt hätte, daß große Teile der Partei eine Politik gutheißen, die von der Churchill-Eden-Linie erheblich abweicht. Das kam auf mancherlei Weise zum Ausdruck. Eden hat sich zwar hinter seinen Vertreter, Lord Salisbury, gestellt; aber Churchill stützt in Wirklichkeit nur Eden. Die Ovationen, die beide empfangen, galten im Grunde mehr der Freude des Wiedersehens als ihrer Politik. Beide sind noch nicht wieder im Vollbesitz ihrer Kräfte, und es fragt sich, ob vor allem die Energie Edens ausreicht, die widerstrebenden Kräfte im Foreign Office und in der Partei auszugleichen, von denen die letzteren eine Politik der starken Hand bevorzugen.

Als Churchill und Eden vor einigen Monaten in Krankenurlaub gingen, hatten sie durch die Initiative des Premierministers die Partei hinter sich. Dafür hat diese in den Anträgen zum Parteitag mit keinem Wort auf die großen Probleme reagiert, die Sir Winston und Eden infolge ihrer Erkrankung nicht mehr lösen konnten. Bisher haben beide nur eine Politik vertreten, die sich nicht über Parteibeschlüsse hinwegzusetzen brauchte. Die Partei stand geschlossen hinter ihnen. Das Bild hat sich geändert. Innerhalb der Konservativen beginnt sich gegen die Führung eine Opposition bemerkbar zu machen, wie sie seit der Rückkehr Chamberlains aus München nicht mehr zu spüren war. Es fragt sich, wer in Zukunft die Politik bestimmt: die Partei oder ihr Führer.

Schmähliches Ende der "Ersten Legion"

(sp) Wie alle anderen bisher bekanntgewordenen Organisationen, die ihre Existenz ausschließlich anonymen Geldgebern verdanken und überspannte Vorstellungen über eine "Aktivierung der Demokratie" entwickelten, verschwand auch die "Erste Legion" wieder von der Bildfläche, nachdem sie vor einigen Jahren bereits im Mittelpunkt heftiger Kritik gestanden hatte. Allerdings war ihr nicht das Schicksal des BIJ beschieden, der in den meisten Ländern der Bundesrepublik verboten wurde und dann mangels Geld zu bestehen aufhörte. Was aber in den letzten Jahren von der "Ersten Legion" noch sichtbar wurde, kann allenfalls als bloßes Dahinvegetieren bezeichnet werden.

Seit einigen Monaten erfährt man von ihrer Existenz gelegentlich eines Arbeitsgerichtsprozesses, den ein Journalist gegen sie angestrengt hat und der am Sitz der Legion, in Köln, stattfindet. Aber auch das wäre nicht weiter interessant, wenn sich hier nicht Dinge abgespielt hätten, die so recht kennzeichnend sind für die großspurigen Ansprüche eines geheimnisumwitterten Ordens, der an die charakteristischen Qualitäten seiner zu "berufenden" Mitglieder angeblich höchste Maßstäbe anzulegen pflegte.

Der Bundesgeschäftsführer der "Ersten Legion", Dr. jur. Eicker, hatte anlässlich einer Verhandlung im Juni die Erklärung abgegeben, daß die "Erste Legion" ein eingetragener Verein sei; als Beweis legte er damals auch einen Auszug aus dem Vereinsregister vor. Damit sollte erreicht werden, daß für die möglichen Forderungen des Klägers nicht die von ihm benannten Mitglieder, etwa 50 zum Teil prominente politische Persönlichkeiten, sondern lediglich das Vereinsvermögen haftet. Bei der Beweisaufnahme, die dieser Tage erfolgte, meldete sich der ehemalige Vorsitzende der "Ersten Legion", Schmalz, früher Zonengeschäftsführer der CDU, und erklärte, der im Vereinsregister beim Amtsgericht Köln eingetragene Verein "Legion" sei nicht identisch mit der Organisation "Die Erste Legion". Daraus ergab sich, daß Eicker das Gericht durch Urkundenmißbrauch getäuscht hatte. Da weder Eicker noch sonst ein bevollmächtigtes Mitglied der "Ersten Legion" zum Termin erschienen war, erging gegen sie Versäumnisurteil. Hiervon sind Bundesgeschäftsführer Dr. Eicker, Amtsgerichtsrat a. D. Schmalz, Konsul

Dr. Böx, Gesandter Dr. Jansen und eine größere Anzahl weiterer zum Teil bekannter Persönlichkeiten, die ihre Mitgliedschaft bei der "Ersten Legion" nicht bestreiten können, betroffen.

Das Dunkel um die mysteriöse "Erste Legion", die einmal auf Initiative von jüngeren Politikern der CDU und später auch der FDP und DF entstanden war, ist durch die Darlegungen des Legionsgründers Schmelz noch undurchsichtiger geworden. Allerdings dürfte nun endgültig das schmachliche Ende dieser jenseits einer Kontrolle durch die Öffentlichkeit konspirierenden Organisation gekommen sein. Es rechtfertigt ohne Frage aufs Neue die scharfe ablehnende Haltung der SPD gegenüber allen Vereinsgründungen mit undemokratischen Methoden und im Effekt antidemokratischen Zielen und bestätigt zugleich die Überzeugung, daß der Bestand der Demokratie eben nicht durch Geld allein gesichert werden kann.

+ + +

Lenz im Hintergrund

Man schreibt uns:

Dr. Otto Lenz, seit dem 18. Januar 1951 zunächst mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs in der Bundeskanzlei betraut, dann ernannter und sehr eifriger Staatssekretär für innere Angelegenheiten, ging - aber er wird bleiben. Er war etwas zu früh nach vorn getreten. Das war mehr die Schuld anderer, auch fremder Kräfte, als seine eigene.

Otto Lenz gehörte vor 1933 dem Zentrum an. Er war schon in jüngeren Jahren Pressereferent im preußischen Justizministerium, später auch im Reichsjustizministerium und dort persönlicher Referent des Staatssekretärs Schlegelberger. 1938 schied er aus dem Dienst für den Nationalsozialismus aus; die Beweggründe waren politischer Natur. Das ehrt ihn. Er wurde Rechtsanwalt in Berlin und war aktiv in Goerdelers Kreis tätig; er sollte Verkehrsminister oder Staatssekretär in der Reichskanzlei werden, wenn es am 20. Juli 1944 gelungen wäre, Deutschland vor dem Zusammenbruch zu retten. Dafür wurde er noch im Januar 1945 für vier Jahre ins Zuchthaus geschickt, - man hatte seinen Namen auf der Ministerliste gefunden. Die Russen befreiten ihn im April. Lies alles spricht für Dr. Otto Lenz, der nach 1945 in Berlin die CDU

mitbegründete und schließlich von München aus, wohin er als Rechtsanwalt übergesiedelt war, nach Bonn berufen wurde.

Jedoch wie er bereits "vor einem Jahrzehnt in der politischen Katakombenwelt des Dritten Reiches in Erscheinung getreten" war, so blieb er auch jetzt "mehr als nur beflissener Gehilfe seines Meisters". Er machte Politik auf eigene Faust, mit eigenen, tief im autoritären Denken verwurzelten Zielen. "Für eine kurze Übergangszeit ist dieser Mann erträglich", sagte im Frühjahr 1944 einer der führenden Mitverschworenen Goerdelers über Otto Lenz, "aber dann muß er unter scharfer Kontrolle, denn er ist dollfusser als Dollfuss".

In der Bundeskanzlei, in den Vorzimmern Dr. Adenauers, geisterte Lenz als "eine Mischung von Graue Eminenz, Majordomus und Regisseur" herum, wie es in einem Lebensbild hieß, das über ihn verbreitet wurde. So trug er, wie Adenauer es ihm jetzt im Abschiedsbrief bescheinigt, "an hervorragender Stelle zu den bei der staatlichen Neuordnung bisher erzielten Erfolgen der Bundesregierung bei". Er tat es auf seine Art. Die öffentliche Meinung und ihre Beeinflussung schienen ihm wichtigste Voraussetzung für die Sicherung der Macht seiner Partei und Adenauers. Lenz hat den Wahlkampf gemacht. Er war stolz auf seine "Aktivpropaganda" und er wartete auf den Lohn. Er wird ihn eines Tages erhalten.

Für viele, die ihn nach 1951 in Bonn sahen, war er der freundliche, entgegenkommende, joviale, demokratisch zuverlässige, unabhängige Kenner der Verwaltung, der Methoden einer zielstrebigsten Regierung, geradezu ein Garant eindeutig demokratischer Entwicklung. Seine "Katakombengesinnung" wußte er geschickt zu kaschieren. Ein Informationsministerium kann Lenz mit großem Eindruck auch vor Demokraten begründen - was nachher daraus wird, das steht auf einem anderen Blatt. "Nur aufklären ...!" Das Ministerium, das in Deutschland so viel Unglück brachte, hieß: "... für Volksaufklärung und...". Lenz hörte vor dem "und" auf und wußte und weiß die Tarnung mit mehr Geschick und größerer Beharrlichkeit zu gebrauchen als andere vor ihm, und er übte sie in der Organisation und in der geistigen Konzeption. "Im Umgang mit ihm ist stets ein Rest von Verdacht geblieben", hieß es in

einer Information aus den USA, die Eindrücke über sein Auftreten während eines dreiwöchigen Aufenthaltes im April und Mai 1953 schilderte. Damals wollte er drüben die Nachrichtengebung studieren. Ihn interessierten jedoch nur die Regierungseinrichtungen. Es war eine Reise zur Vorbereitung eines deutschen Informationsministeriums.

Mit diesem Plan - und einigen anderen gleichen Geistes - ist er bisher gescheitert. Wir glauben nicht daran, daß er aufgibt. Der Kanzler möchte, so schrieb er seinem Wahlleiterscheher, daß Lenz zur "Erfüllung von Sonderaufgaben" zur Verfügung stehen möge. Der Wunsch dürfte erfüllt werden, und es ist kaum Zweifel erlaubt, daß Lenz sich zu gegebener Zeit die ihm erforderlich erscheinenden Bedingungen sichern wird. Eine Zeit im Hintergrund zu bleiben war für politische Figuren seiner Art und seiner bisherigen Laufbahn stets eine Regel, die sie, wenn nötig, anwandten. Er war nach dem Wahlsieg der CDU einen Augenblick zu ungeduldig gewesen. Den Kanzler interessiert es zwar wenig, was die deutsche Presse und Öffentlichkeit denkt und sagt, aber er ist empfindlich, wenn die ausländische Kritik übt. Das geschah in einem überraschend starken Maße gegenüber dem Plan von Otto Lenz. Der muß nun sein Ungeschick tragen.

Es ist gute demokratische Art, mißtrauisch zu sein und mit wachen Augen und Sinnen zu spüren, wo Gefahren drohen. Da Lenz im Bundestag ein Mandat hat und da er Arbeit leisten wird, sollte Gelegenheit sein, ihn wenigstens auf diesem Boden zu beobachten. An seinen Früchten wollen wir ihn erkennen. Viel freilich von dem, was er unternimmt, wird weniger leicht verfolgt werden können.

+ + +